

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/05/2011

**über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses
am 16.03.2011, Ahrensburg, Reithalle des Marstalls**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:32 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Frau Carola Behr
Frau Marion Clasen

i. V. f. StV Bellizzi, beratendes
Mitglied

Herr Uwe Grassau
Herr Rolf Griesenberg
Herr Rafael Haase
Frau Anna-Margarete Hengstler
Frau Monja Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Dieter Heidenreich
Herr Jan Klöppelt
Herr Siegfried Lorenz
Herr Hartmut Möller

Kinder- und Jugendbeirat
Seniorenbeirat

Sonstige, Gäste

Frau Ulla Gerversmann
Frau Maren Hildebrandt
Frau Vera Kroog
Herr Stefan Luft
Herr Andreas Mühlenbeck
Herr Marian Stachon
Herr Michael Thomas

Bielefeldt und Berg (Landschafts-
architekten), zu TOP 4
wrs Architekten und Stadtplaner
GmbH, zu TOP 4
Bielefeldt und Berg (Landschafts-
architekten), zu TOP 4
Urbanus GmbH, zu TOP 4
M & O Ingenieurgesellschaft für
das Bauwesen mbH, zu TOP 4
WTM Engineers GmbH, zu TOP
4
Lairm Consult GmbH, zu TOP 4

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Hauke Seeger
Frau Stefanie Mellinger
Herr Stephan Schott
Herr Andreas Janik
Herr Ulrich Kewersun
Herr Thorsten Jahncke
Frau Maren Uschkurat

Bürgermeister

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2011 vom 02.03.2011
4. Entlastungsstraße Nordost (Nordtangente) **2011/015**
5. Anregung aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010 **2011/039**
 - Fortführung der Zukunftswerkstatt
6. Anregung aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010
 - Antrag der Interessengemeinschaft "Hansdorfer Straße" (vgl. Anlage 2 zur Vorlagen-Nr. 2010/145)
7. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 Ohlendamm, Flurstücke 294 bis 299, 301 und 548 bis 549 **2011/035**
 - Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 und
 - Aufstellungsbeschluss für die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes
8. Sondernutzung **2011/016**
 - 2. Änderung der Gebührensatzung
9. Bebauungsplan Nr. 94 - Lindenhof -, Flurstück 394 **2011/037**
 - Beschluss für die Ausschreibung eines Gutacherverfahrens für die Entwicklung des Areals "Lindenhof"
10. Anhörung eines Sachverständigen beim Projekt "Kino Woldenhorn"
11. Kenntnisnahmen
- 11.1. Beschaffung und Einsatz von Parkscheinautomaten
- 11.2. Verkehrsplanung Rantzaustraße
12. Verschiedenes
- 12.1. Pflasterung Tiefgarage Klaus-Groth-Straße
- 12.2. Vertrag Tiefgarage Klaus-Groth-Straße
- 12.3. Bekanntgabe von Anträgen
- 12.4. Reinigung von Geh- und Radwegen

- 12.5. Einsatz von Sachverständigen
- 12.6. Verlängerung Starweg
- 12.7. Fertigstellung von Radwegekonzepten
- 12.8. Vandalismus Schillerallee/Fannyhöh

1. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die insgesamt 4 eingegangenen Anträge der CDU- und der WAB-Fraktion und weist darauf hin, dass die 2 Anträge zum Masterplan Verkehr in der heutigen Sitzung nicht behandelt werden, da dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung steht. Stattdessen wird der TOP „Masterplan Verkehr“ in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt.

Auf Bitte eines Ausschussmitgliedes wird der auf der Einladung vorgeschlagene Tagesordnungspunkt 11 „Bebauungsplan Nr. 91 – Lindenhof“ nicht – wie angedacht – im nicht öffentlichen Teil, sondern im öffentlichen Teil als neuer TOP 9 beraten. Da in der Vorlage jedoch personenbezogene Daten sind, wird die Vorlage weiterhin nicht öffentlich bleiben.

Die Verwaltung bezieht sich auf die in der Einladung vom 03.03.2011 vorgeschlagene Tagesordnung und gibt bekannt, dass in der heutigen Sitzung keine Einzelbauvorhaben vorgestellt werden müssen, der Tagesordnungspunkt 12 insfoern entfallen und von der Tagesordnung genommen werden kann.

Auf Anregung des Vorsitzenden wird der neue TOP 10 ergänzt, damit in der folgenden Sitzung die Anhörung eines Sachverständigen zum Projekt „Kino Woldenhorn“ ermöglichen werden kann.

Letztlich wird der gesamten Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2. Einwohnerfragestunde

Nachdem **Herr Haering** seine Frage zur Nordtangente direkt an die WAB-Fraktion gestellt hat, weist der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass die Gemeindeordnung die Einwohnerfragestunde nicht für Fragen an einzelne Fraktionen vorsieht und bittet Herrn Haering deshalb, solche Fragen künftig direkt mit den betroffenen Fraktionen zu diskutieren und nicht im Rahmen dieses Forums.

Herr Dr. Fischer nimmt Bezug auf die von Herrn Luft vorgetragene Präsentation am 15.12.2009, in der eine Zeitschiene zum Masterplan Verkehr vorgestellt wurde. Er bittet die Verwaltung mitzuteilen, wann die Daten in ein integriertes Gesamtkonzept zusammengeführt werden. Daraufhin teilt die Verwaltung mit, dass der nächste Schritt genau dieses Integrierte Gesamtkonzept mit Berücksichtigung des ÖPNV und des Radverkehrs ist und es lediglich zu einer Zeitverzögerung im Gesamtzeitplan gekommen ist.

Herr Mächler berichtet, dass die Tiefgarage in der Klaus-Groth-Straße vermehrt zur Durchfahrt in die Große Straße genutzt wird und bittet die Verwaltung, dies zu überprüfen. Da es sich hierbei um eine private Anlage handelt, hat die Stadt wenig Handhabe, das System der Tiefgarage zu verändern. Sie sagt jedoch zu, sich an den Betreiber zu wenden.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung hat dem Betreiber ein Schreiben mit folgendem Inhalt geschickt:

Wie die Ahrensburger Bevölkerung bemerkt und im Ahrensburger Bau- und Planungsausschuss zuletzt am 16.03.2011 thematisiert hat, werden die Rampen in die untere Ebene nicht nur dazu genutzt, um die Stellplätze in den angrenzenden Tiefgaragenbereichen nördlich der Klaus-Groth-Straße (CCA II. Bauabschnitt), südlich der Klaus-Groth-Straße (CCA I. Bauabschnitt) und künftig unter dem Rathausplatz anzufahren, sondern sie dienen darüber hinaus auch zum Durchfahren der Klaus-Groth-Straße unterhalb der dortigen Fußgängerzone.

Meines Wissens hat diese Fehlnutzung inzwischen einen Umfang angenommen, der weder von Ihnen als Betreiber der Tiefgarage, noch von mir als Straßenbaulastträger für das Gebiet innerhalb des Zentrum-Ringes mit der Verkehrsberuhigung und dem begrenzten Abfluss des motorisierten Individualverkehrs über die Große Straße begrüßt werden kann.

Ich bitte Sie, mir mitzuteilen, ob Sie sich – evtl. auch angesichts der zurzeit im Bau befindlichen Erschließung der Tiefgarage unterhalb des Rathausplatzes – mit diesem Problem befasst und Lösungen untersucht haben.

Abschließend gibt **Herr Knoll** dem Ausschuss einige Anregungen bezüglich der geplanten Nordtangente. So ist seiner Auffassung nach die Variante Kurt-Fischer-Straße zu bevorzugen, da bei dieser Variante keine wichtigen Gewerbegrundstücke zerschnitten werden. Auch ist er der Auffassung, dass der Vergleich der Straßenbreiten Kurt-Fischer-Straße und des Kornkamps nicht ausschlaggebend sein sollte für diese Entscheidung.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2011 vom 02.03.2011

Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift, sie gilt somit als genehmigt.

4. Entlastungsstraße Nordost (Nordtangente)

Da bereits in einer der letzten Sitzungen eine Präsentation zum Thema „Nordtangente“ vorgeführt wurde, wird in der heutigen Sitzung der Tagesordnungspunkt ohne vorherige Präsentation der Verwaltung für die Diskussion eröffnet.

Ein Ausschussmitglied möchte wissen, ob es richtig sei, dass bei Entlastung der B 75 keine Fördermittel für die Entlastungsstraße Nordost zu erwarten sind. Wie die Verwaltung hierzu berichtet, ist es richtig, dass Bundesstraßen nicht über GVFG gefördert werden. Aus diesem Grund ist im vorliegenden Fall eine strikte Trennung der Verfahren vorgesehen, um die Förderfähigkeit für GVFG-Mittel zu gewährleisten. Ferner weist Herr Luft darauf hin, dass eine bestimmte Belastung der zu bauenden Straße gegeben sein muss, um förderfähig zu sein. Die vorgesehenen Verkehrsberuhigungen an der B 75 erhöhen die Chancen auf die Förderfähigkeit der Nordtangente, jedoch ist für die geplante Nordtangente auch ohne die verkehrsberuhigenden Maßnahmen die Förderfähigkeit gegeben.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes berichtet die Verwaltung, dass die Familienwiese im Eigentum der Stadt Ahrensburg ist und deshalb frei über die Fläche verfügt werden kann.

Ein Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass bei der Planung der Nordtangente ein besserer Straßenquerschnitt als beim Ostring gewählt werden und 3 Spuren gebaut werden sollten, damit Lkw ein- und ausfädeln können. Außerdem sollte nach Auffassung des Ausschussmitgliedes die Zerschneidung der Familienwiese vermieden werden und schlägt deshalb vor, die Nordtangente vor Famila links abbiegen zu lassen und beantragt deshalb, den Trassensuchraum zu erweitern.

Daraufhin gibt ein Ausschussmitglied zu bedenken, dass die Variante Kurt-Fischer-Straße vorzuziehen sei, da die Zerschneidung von Grundstücksflächen vermieden werden könnte. In diesem Zusammenhang gibt das Ausschussmitglied zu bedenken, dass der Bau der Nordtangente bei der Variante Kurt-Fischer-Straße zwar etwas teurer werden könnte, sich jedoch evtl. die Gewerbegrundstücke besser vermarkten lassen. Hierzu macht ein Ausschussmitglied darauf aufmerksam, dass seiner Meinung nach die Umfahrung bei der Variante Kurt-Fischer-Straße durch die zu lange Strecke und den zu hohen Zeitverbrauch zu groß ist. Deshalb sollte seiner Meinung nach der Kornkamp für die Nordtangente bevorzugt werden.

Anschließend wird eine Verständnisfrage eines Ausschussmitgliedes zu den Kfz-Belastungen und dessen Veränderung durch die Nordtangente beantwortet. In diesem Zusammenhang weist das Ausschussmitglied darauf hin, dass bisher geeignete Maßnahmen fehlen, die sich auf einzelne Grundstücke innerhalb des Gewerbegebietes beziehen. So ist ihm beispielsweise aufgefallen, dass die Grundstückszufahrt der Firma Melosch für Lkw zu schwer ein-

sehbar ist.

In der weiteren Diskussion wird von einzelnen Mitgliedern des Ausschusses deutlich gemacht, dass in der heutigen Sitzung nur über den Grundsatz entschieden werden soll, ob die Nordtangente über den Kornkamp geführt wird, jedoch noch keine weiteren vertiefenden Entscheidungen getroffen werden sollen. Auch wird darauf hingewiesen, dass im nachfolgenden Planfeststellungsverfahren vertiefende Regelungen getroffen werden können und auch die angesprochene Lärmbelästigung geringer sein wird als bisher befürchtet.

Nach Abschluss der Diskussion wird über die einzelnen Anträge und die Gesamtvorlage abgestimmt.

Zunächst wird über den Antrag der WAB-Fraktion Nr. AN/015/2011 abgestimmt, dessen Begründung noch um weitere 5 Punkte (**vgl. Anlage 1**) ergänzt wurde.

Abstimmungsergebnis:	1 dafür
	7 dagegen
	1 Enthaltung

Anschließend wird über den Ergänzungsvorschlag der CDU-Fraktion Antrag Nr. AN/018/2011 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	8 dafür
	1 Enthaltung

Nachfolgend wird über den Antrag abgestimmt, den Untersuchungsraum südwestlich der Firma Clariant (**vgl. Anlage 2**) zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:	5 dafür
	4 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen und die Verwaltung wird gebeten, den Untersuchungsraum entsprechend anzupassen.

Abschließend wird über die gesamte Vorlage einschließlich der beschlossenen Änderungen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	5 dafür
	2 dagegen
	2 Enthaltungen

Wie in der Sitzung des BPA vom 02.03.2011 gefordert, wird der Niederschrift ein Zeitplan für die Realisierung der Nordtangente (**vgl. Anlage 3**) beigelegt. Außerdem fügt die Verwaltung der Niederschrift einige Schreiben von Bürgerinnen und Bürgern (**vgl. Anlage 4**) bei.

**5. Anregung aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010
- Fortführung der Zukunftswerkstatt**

Auf Antrag des Ausschussvorsitzenden wird darüber abgestimmt, die Vorlage Nr. 2011/039 an den Hauptausschuss zu verweisen, da dieser hierfür zuständig ist.

Abstimmungsergebnis

Alle dafür

Folglich wird nicht über den Tagesordnungspunkt beraten und abgestimmt.

**6. Anregung aus der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010
- Antrag der Interessengemeinschaft "Hansdorfer Straße" (vgl. Anlage 2
zur Vorlagen-Nr. 2010/145)**

In der Einwohnerversammlung vom 30.11.2010 hat die Interessengemeinschaft „Hansdorfer Straße“ beantragt, einen Gesprächstermin mit den Mitgliedern des Bau- und Planungsausschusses zu vereinbaren, um ein offenes Gespräch mit den Ausschussmitgliedern zu den Bebauungsplanentwürfen Nr. 91 A und B zu führen.

Nach einem kurzem Meinungsaustausch sowie dem Hinweis, dass der Bebauungsplan „Hansdorfer Straße“ in der kommenden Sitzung als Tagesordnungspunkt behandelt wird und es anschließend zu einer 2. Offenlage kommen wird, kommt man überein, dass kein gesonderter Termin mit der Interessengemeinschaft „Hansdorfer Straße“ vereinbart werden muss und deren Anliegen im Rahmen des BPA besprochen werden können. Ferner wird darauf hingewiesen, dass bereits alle Fraktionen mit der Interessengemeinschaft Gespräche geführt haben.

2011/035

7. Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 Ohlendamm, Flurstücke 294 bis 299, 301 und 548 bis 549

- Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 93 und
- Aufstellungsbeschluss für die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes

Auf Antrag eines Ausschussmitgliedes wird darüber abgestimmt, den Tagesordnungspunkt auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür
2 dagegen

Damit ist der Antrag angenommen und der Tagesordnungspunkt wird in der heutigen Sitzung nicht beraten.

8. **Sondernutzung** - 2. **Änderung der Gebührensatzung**

Die Verwaltung erläutert anhand des dem Protokoll als **Anlage** beigefügten Folien-Vortrages den Stand der Beratung zur Neufassung der Gebührentabelle für die Sondernutzungen und geht anschließend speziell nur noch auf die Regelung der Außenbewirtung ein. Den Aspekt aufgreifend, auch für die Wintermonate eine degressive Gebührenstafelung bei der mehrmonatigen Nutzung vorzusehen, hat die Verwaltung unter dem Gebührentatbestand Nr. 1.4 folgende Neufassung formuliert:

Aufstellen von Tischen, Stühlen und/oder ergänzenden Gegenständen zum Verkauf und zur Bewirtung:

a)	ohne Heizstrahler und ohne überwiegend geschlossene Seitenwände/Windfangsysteme ab 1 m Höhe	
	je m ² monatlich	4,25 €
	je m ² Sommermonate (März bis Oktober)	17,00 €
	je m ² Wintermonate (November bis Februar)	14,00 €
	je m ² jährlich	27,00 €
b)	mit mindestens einem der unter a) genannten Gegenstände	
	je m ² monatlich	6,25 €
	je m ² Sommermonate (März bis Oktober)	25,00 €
	je m ² Wintermonate (November bis Februar)	20,00 €
	je m ² jährlich	40,00 €

Daraufhin stellt die CDU-Fraktion den als AN/019/2011 verteilten Antrag, wonach

— unter Nr. 1.4. a) die Jahresgebühr (je m²) auf 25,00 € und

— unter Nr. 1.4. b) die Jahresgebühr (je m²) auf 35,00 €

festgesetzt werden soll.

Hinsichtlich der degressiven Gebührenstafelung wird von Ausschussmitgliedern einerseits angeregt, die Abschläge für saisonale und jährliche Gebührensätze prozentual vorzunehmen und festzusetzen sowie die Degression nicht so stark vorzunehmen angesichts der seit über 20 Jahren nahezu unveränderten Gebührenhöhe, die nunmehr nur wegen der erstmals legalisierten Nutzung während der Wintermonate anzupassen ist. Nachdem andere Ausschussmitglieder die Unterstützung der örtlichen Gastronomie in den Vordergrund gestellt und die Belastung durch die Wintermonate hervorgehoben

haben, wird über den Antrag AN/019/2011 der CDU-Fraktion abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	5 dafür
	3 dagegen
	1 Enthaltung

Sodann wird angesichts dieses Ergebnisses und der ggf. entsprechend des Verhältnisses zueinander anzupassenden Gebührensätze für die Wintermonate über den insgesamt von der Verwaltung modifizierten Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	8 dafür
	1 dagegen

**9. Bebauungsplan Nr. 94 - Lindenhof -, Flurstück 394
- Beschluss für die Ausschreibung eines Gutacherverfahrens für die
Entwicklung des Areals "Lindenhof"**

Die Selbstverwaltung kritisiert, dass ihrer Auffassung nach die Vorlage ohne vorherige Bekanntgabe der optimalen Nutzung des Lindenhofgrundstückes im BPA vorgestellt wird. Ferner wird bemängelt, dass die Kosten für das Gutacherverfahren von dem Investor nur übernommen werden, wenn es auch zu einem Kauf des Grundstückes durch diesen Investor und der Verwirklichung des Gewinnerentwurfes kommt. Hierzu weist die Verwaltung darauf hin, dass für diese Vereinbarung mindestens ein Zeitraum von 3 bis 5 Jahre vorgesehen ist und es auch im Einzelfall zur Verwirklichung des 2. Entwurfes kommen kann.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass bereits in 2 BPA-Sitzungen das Vorhaben vorgestellt wurde und keine Anregungen seitens der Selbstverwaltung gekommen sind. Dies nimmt der Vorsitzende als Anlass, den Ausschuss daran zu erinnern, dass man sich als Kreativausschuss verstehe und zukünftig wieder mehr Vorgaben machen müsse.

In der folgenden Diskussion wird von der Selbstverwaltung angeregt, dass für die Zukunft die Zuständigkeitsordnung dahingehend angepasst werden muss, dass, insbesondere bei der Anhandgabe von Grundstücken, auch der BPA beteiligt werden sollte.

Um das weitere Vorgehen bezüglich des Grundstückes Lindenhof festlegen zu können, vereinbart die Selbstverwaltung, dass sich die Fraktionen hierüber beraten und in einer der folgenden Sitzungen erneut über den Tagesordnungspunkt und den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag Nr. AN/020/2011 beraten, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

10. Anhörung eines Sachverständigen beim Projekt "Kino Woldenhorn"

Ein Mitglied des Bau- und Planungsausschusses hat den Antrag gestellt, die Angelegenheit „Planung eines Kinos auf dem Parkhaus Woldenhorn“ anhand der Vorlagen-Nr. 2010/116 trotz der zunächst abschließenden Entscheidung in der Sitzung am 03.11.2010 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 16/2010; TOP 6) wieder zu behandeln, wobei der Vorsitzende auf dieses Verlangen hin das Thema gemäß § 46 Abs. 12 Satz 3 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) auf die Tagesordnung setzen wird und zurzeit als Termin der 06.04.2011 angedacht ist.

Erwogen wird – wie bereits am 03.11.2010 praktiziert – einen Sachverständigen zu diesem Thema zu beteiligen. Diesmal ist angedacht, dass

Herr Kurt Götsch

als Vertreter der Antragstellerin IHB Projekt- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Manhagener Allee 13 in Ahrensburg, über den Verfahrensstand des Projektes berichtet. Da diese Anhörung gemäß § 46 Abs. 12 in Verbindung mit § 16 c Abs. 2 GO eines Beschlusses bedarf, der mit Stimmenmehrheit nach § 39 Abs. 1 GO gefasst werden muss, stellt die Verwaltung anheim, hierüber bereits vorab abzustimmen, um den „Sachverständigen“ rechtzeitig informieren und einladen zu können.

Abstimmungsergebnis:	8 dafür
	1 Enthaltung

11. Kennntnisnahmen

11.1. Beschaffung und Einsatz von Parkscheinautomaten

Der Niederschrift wird als **Anlage** ein Vermerk zur Beschaffung und dem Einsatz von Parkscheinautomaten von der zuständigen Sachbearbeiterin beigelegt.

11.2. Verkehrsplanung Rantzaustraße

Die Verwaltung fügt dem Protokoll ein Schreiben eines Bürgers bei (**vgl. Anlage**), in dem gebeten wird, die Verkehrsplanung in der Rantzaustraße abzuändern.

Ein Antwortschreiben an den Bürger durch die Verwaltung ist bereits in Arbeit.

12. Verschiedenes

12.1. Pflasterung Tiefgarage Klaus-Groth-Straße

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes, wann die Pflasterarbeiten im Bereich der Tiefgarage der Klaus-Groth-Straße abgeschlossen werden, berichtet die Verwaltung, dass nach derzeitigem Kenntnisstand mit Abschluss der Arbeiten Anfang April 2011 gerechnet wird.

12.2. Vertrag Tiefgarage Klaus-Groth-Straße

Die Verwaltung wird gebeten, die vertraglichen Regelungen zu überprüfen, die zur Tiefgarage Klaus-Groth-Straße vereinbart wurden und dem Ausschuss die rechtlichen Möglichkeiten bei der Handhabung mit dem Betreiber aufzuzeigen. Die Verwaltung sichert diese Stellungnahme in einer der nächsten Sitzungen zu.

12.3. Bekanntgabe von Anträgen

Der Ausschussvorsitzende bittet die Mitglieder des Ausschusses darum, zukünftig darauf zu achten, dass insbesondere kurzfristige Anträge der Fraktionen per E-Mail auch rechtzeitig vor der Sitzung an ihn zu übersenden sind.

12.4. Reinigung von Geh- und Radwegen

Da von einem Ausschussmitglied kritisiert wird, dass die Reinigung der Fuß- und Radwege auch nach der langen Frostperiode immer noch nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde, macht die Verwaltung darauf aufmerksam, dass nach dem starken Winter erhebliche Mengen Streugut zu beseitigen sind. Ferner weist sie darauf hin, dass die Reinigung der Geh- und Radwege grundsätzlich von den Anliegern vorzunehmen ist.

12.5. Einsatz von Sachverständigen

Ein Ausschussmitglied macht anhand der allgemeinen Verkehrsabwicklung im Ahrensburger Stadtgebiet und im Zusammenhang mit dem Masterplan Verkehr deutlich, dass es punktuell sinnvoll erscheint, das Ahrensburg spezifische Wissen auch zu nutzen, indem ehemalige, in diesem Bereich tätige Bürgerinnen und Bürger als Sachverständige eingesetzt werden.

12.6. Verlängerung Starweg

Da der Zustand der Verlängerung des Starweges, insbesondere nach dem Winter, sehr schlecht ist, bittet ein Ausschussmitglied die Verwaltung, die Verlängerung des Starweges kurzfristig zu schieben.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Auftrag an die Stadtbetriebe, die Verlängerung des Starweges zu schieben, wurde von der Verwaltung erteilt.

12.7. Fertigstellung von Radwegekonzepten

Die Verwaltung berichtet, dass das Radwegekonzept für den Braunen Hirsch in der vergangenen Woche abgeschlossen wurde und dass das Radwegekonzept für die Straße Am Aalfang in der folgenden Woche abgeschlossen werden soll.

12.8. Vandalismus Schillerallee/Fannyhöh

Die Verwaltung berichtet, dass es an der Schnecke Schillerallee/Fannyhöh zu Vandalismus gekommen ist und deshalb Reparaturarbeiten vorgenommen werden müssen.